

01) Gambia weigert sich, illegale Migranten mit EU-Ausweisungsbescheid zurückzunehmen

28. 09. 2021



Adama Barrow · Bildquelle: Facebook

Afrikanische Länder dürften abgeschobene Migranten aus Europa zunehmend daran hindern, auf ihrem Hoheitsgebiet zu landen

Das afrikanische Land Gambia mit Präsident Adama Barrow an der Spitze weigert sich, Tausende seiner Bürgerinnen und Bürger, die derzeit in Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union leben und gegen die ein Abschiebungsbescheid vorliegt, zurückzunehmen und blockiert damit ihre Rückführung nach Westafrika.

Da Barrow sich seit 2019 weigert, Landeerlaubnisse für Abschiebepiloten aus Ländern der Europäischen Union auszustellen, waren und sind die Behörden der Europäischen Union nicht in der Lage, 6.000 der 16.000 Gambier, die sich derzeit in Deutschland aufhalten und gegen die ein Ausreisebefehl vorliegt, abzuschieben, berichtet Die Welt.

Gambia – dessen Bevölkerung zu 95 Prozent muslimisch ist – behauptet, es könne seine illegal in Europa lebenden Bürger nicht zurücknehmen, weil sie „nicht in die Gesellschaft reintegriert werden können“ und eine Rückführung soziale Unruhen ins Land bringen würde. Damit weigert sich die Regierung, das internationale Recht einzuhalten, das die Länder verpflichtet, ihre abgeschobenen Staatsangehörigen zurückzunehmen.

Mit „sozialen Unruhen“ sei zu rechnen, wenn Tausende von Gambiern zurückkehren, erklärte ein Sprecher der gambischen Regierung. „Wir versuchen, Frieden, Stabilität und Demokratie in unserem Land zu festigen.“

Es gibt mehrere Gründe, warum Präsident Barrow, der sich im kommenden Dezember zur Wiederwahl stellt, nicht will, dass die in Europa lebenden gambischen Deportierten zurückgeführt werden. Einer der Hauptgründe, den Barrow immer wieder anführt, ist, dass die Mehrheit der Bevölkerung des Landes – die aus etwas mehr als 2 Millionen Menschen besteht – glaubt, dass die Ausreise dieser jungen Männer, die jetzt in Europa leben, dazu beigetragen hat, Kriminalität und Gewalt in Gambia zu beseitigen. Würden diese jungen Männer zurückkehren, so glauben sie, dass Kriminalität und Gewalt unweigerlich wieder zurückkehren würden, behauptet er.

Angesichts der Abhängigkeit Gambias von den Überweisungen aus Deutschland und der Europäischen Union, die mehr als ein Fünftel – genau 21 Prozent – des gesamten Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen, würde die Wirtschaft des Landes bei einer Rückführung vieler seiner Bürger wahrscheinlich einen starken Abschwung erleben. Daher wäre es aus wirtschaftlicher Sicht unklug, wenn Barrow während des Wahlkampfes Abschiebeflüge aus Europa landen ließe.

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben die Gambier in der Diaspora – rund 118.000 Menschen, die außerhalb des Landes leben – im Jahr 2020 495 Millionen Euro (588 Millionen Dollar) zurückgeschickt.

„Viele Existenzen hängen von Geldtransfers aus Europa ab“, sagte Julian Straiger, ein Vertreter des baden-württembergischen Flüchtlingsrats.

Angesichts des außenpolitischen Verhaltens Gambias sind die Behörden in Deutschland und Österreich besorgt, dass Landverbote wie das von Präsident Barrow erlassene in ganz Afrika zur Regel werden könnten. Laut dem Völkerrechtsexperten Gawaya Tegulle sind die europäischen Regierungen zu Recht nervös, denn Gambias Entscheidung ist kein Einzelfall: Ähnliche Vorfälle habe es bereits mit den Regierungen von Guinea, Eritrea und Sierra Leone gegeben.

Quelle: [Remix](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Belgien: Vlaams Belang legt eine Entschließung zur Berechnung der tatsächlichen Kosten der Einwanderung vor

25. 09. 2021



Bild: shutterstock

Der Vlaams Belang hat dem flämischen Parlament einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem er die Regionalregierung auffordert, eine unabhängige und umfassende Studie über die Auswirkungen der Migration auf die flämische Wirtschaft und die Finanzen in Auftrag zu geben.

Die vorherige Studie, die 2018 vom damaligen Bundesfinanzminister Johan Van Overtveldt (N-VA) und dem Staatssekretär für Asyl und Migration Theo Francken (N-VA) in Auftrag gegeben wurde, enthielt zahlreiche Fehler. Eine neue Studie über die Kosten der Einwanderung sollte dies korrigieren und alle möglichen Bereiche der öffentlichen Verwaltung berücksichtigen.

Die Studie 2018 über die Auswirkungen der Migration auf die belgische Wirtschaft wurde von der Belgischen Nationalbank (BNB) durchgeführt. Der Schwerpunkt lag dabei auf Nicht-EU-Bürgern und auf den Kosten und Vorteilen der verschiedenen Migrationskanäle, einschließlich Asyl und Familienzusammenführung, für den Arbeitsmarkt und die öffentlichen Finanzen. Die vorgelegten Ergebnisse waren jedoch sehr unvollständig, da alle Arten von Kosten, wie z. B. Illegalität, Aufnahme von Asylbewerbern und Sicherheit, nicht berücksichtigt wurden.

Die kritische Analyse dieser Methode durch den Vlaams Belang wurde von dem Mathematiker und Anthropologen Dr. Jan van de Beek (VU-Amsterdam) bestätigt, der Forschungen über die Ökonomie der Migration durchgeführt hat. Auf der Grundlage der in der Studie der Nationalbank enthaltenen Zahlen rechnete er vor, dass ein Einheimischer durchschnittlich 63.000 Euro in die belgischen Staatsfinanzen einbringt, während ein Einwanderer der ersten Generation dem Steuerzahler durchschnittlich fast 200.000 Euro kostet. Das ist eine Differenz von 263.000 Euro. Ein Einwanderer der zweiten Generation

kostet uns im Laufe seines Lebens im Durchschnitt immer noch sehr viel Geld, nämlich 83.000 Euro. Die BNB hat die Daten jedoch sehr selektiv verwendet und eine bizarre Berechnung angestellt, wonach Migranten der zweiten Generation dem belgischen Fiskus mehr Geld einbringen würden als Einheimische.

„Der Vlaams Belang weist auch auf die versteckten Kosten der Migration auf föderaler Ebene hin, wie Illegalität, Aufnahme von Asylbewerbern und Sicherheit, die auch den Haushalt der flämischen Region stark belasten. Dies betrifft natürlich Bereiche wie Integration, Bildung, Wohnen und Soziales. Die Studie muss daher unter Berücksichtigung aller möglichen Politikbereiche abgeschlossen werden. Die Bürger haben ein Recht darauf, genau zu erfahren, wie viel sie die Masseneinwanderung kostet.

Mit seinem Entschließungsantrag will der Vlaams Belang daher eine unabhängige, umfassende und zuverlässige Kostenstudie in Auftrag geben. Wir schauen auf die Niederlande, wo die Studie „Borderless Welfare State: The Consequences of Immigration on Public Finances“ die enormen Kosten der Einwanderung klar und unwiderlegbar aufgezeigt hat. Wir müssen der Wahrheit ins Auge sehen und die tatsächlichen Zahlen vorlegen, damit unsere Bürger ihre politische Entscheidung in voller Kenntnis der Fakten treffen können. Das ist wahre Demokratie“, sagt die flämische nationalistische Partei.

Die Kosten der Einwanderung sind in anderen EU-Staate wie Frankreich ein eher tabuisiertes Thema, das von den Behörden beschönigt wird. Die Zahlen variieren stark von einer Schätzung zur anderen. Nach Angaben des französischen Rassemblement National, das sich auf die Arbeit von Jean-Paul Gourévitch stützt, kostet die Einwanderung mehr als sie einbringt: 10 bis 70 Milliarden Euro pro Jahr. Die Ausgaben: Sozialleistungen für legale Einwanderer (CAF, RSA, APL oder Familienbeihilfen), staatliche medizinische Hilfe für illegale Einwanderer oder die Betreuung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen. Diese Schätzung berücksichtigt noch gar nicht die Kosten, die durch die Folgen der Einwanderung für die Gesellschaft entstehen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich wird die EU „neu verpackte“ Zwangsmigrantenquoten einführen

24. 09. 2021



Margaritis Schinas · Foto: EVP / Wikimedia CC BY 2.0

Die Brüsseler Bürokraten scheinen sich eines radikalen Linksrucks bei den Wahlen in den größten europäischen Mitgliedsstaaten sicher zu sein, und dann wird es Zeit, verpflichtende Migrantenquoten einzuführen, schreibt Daniel Deme für Remix News

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission Margaritis Schinas hat bekannt gegeben, dass die Mitgliedsstaaten voraussichtlich zu einer endgültigen Einigung über den vor einem Jahr vorgestellten EU-Pakt für Migration und Asyl kommen werden. Er sagte: „Wir stehen kurz vor den Wahlen in Deutschland, und bald danach werden wir einen monatelangen Prozess zur Regierungsbildung haben, der im Wesentlichen mit dem Wahlkampf für die französischen Präsidentschaftswahlen zusammenfällt.“

Der Kommissar glaubt, dass „wir unmittelbar nach den französischen Wahlen in einen sehr schnellen Prozess der Annäherung und der endgültigen Einigung eintreten werden.“ Laut Schinas ist „die Zeit, das politische Momentum für dieses Abkommen jetzt“.

Schinas bezeichnete jeden, der sich gegen den Pakt ausspricht, als „europafeindlich“ und behauptete, dass die Rechtsextremen nur Grenzen wollen und die Linken überhaupt keine Grenzen wollen. Im Wesentlichen sieht der Kommissar den Migrationspakt als den vernünftigen Mittelweg im Umgang mit illegalem Grenzübertritt, mit „der richtigen Mischung aus Grenzkontrolle und Schutz, aber auch Menschlichkeit und Asyl“.

Aber ist er das wirklich?

Dänemark hat kürzlich eine neue Gesetzgebung eingeführt, die Migranten dazu zwingt, ihren Asylantrag entweder im ersten sicheren Land, das sie erreichen, oder in ihrem Herkunftsland zu stellen. Dänemark plant außerdem die Einrichtung von Asylzentren in Drittländern, in denen alle, die den Schutz des dänischen Staates suchen, warten müssen, bis die Behörden über ihren Antrag entscheiden. Überraschenderweise wurde die Gesetzgebung von den dänischen Linkssozialdemokraten vorgeschlagen, und ihr Hauptargument ähnelte sehr der Formulierung des Kommissars über angemessene Grenzkontrollen und einen humanen Umgang mit Schutzbedürftigen. Auf die Frage nach dem dänischen Gesetz antwortete Schinas jedoch, Europa könne „seine Probleme nicht an andere auslagern“.

Wie also konnten die Kommission und die dänische Regierung – die beide für sich in Anspruch nehmen, für sichere Grenzen zu kämpfen und gleichzeitig für eine angemessene Versorgung der Bedürftigen zu sorgen – eine so diametral entgegengesetzte Lösung finden?

Der von Schinas vorgeschlagene Migrationspakt würde alle Asylanträge innerhalb der EU-Grenzen bearbeiten und die Antragsteller auf die Mitgliedsstaaten verteilen, während sie auf eine Entscheidung warten. Und obwohl selbst im Rahmen des liberalen EU-Asylsystems zweifellos einige Anträge abgelehnt werden, gibt es in Europa derzeit keine wirksamen Mechanismen und kein tragfähiges Rechtssystem, um abgelehnte Asylbewerber und Wirtschaftsmigranten zur Rückkehr in ihr Herkunftsland zu zwingen. Die Zahl der illegalen Migranten, die nach einem gescheiterten Antragsverfahren in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden, ist verschwindend gering. Großbritannien zum Beispiel hat seit Beginn der illegalen Überfahrten aus Frankreich vor einigen Jahren keinen einzigen Migranten aus dem Ärmelkanal zurückgenommen.

Ein weiteres bemerkenswertes Detail in Schinas' Erklärung ist seine Überzeugung, dass der Migrationspakt gerade jetzt in Schwung kommt und im April eingeführt werden sollte. Es ist klar, dass Schinas glaubt, dass das Wahlergebnis sowohl in Frankreich als auch in Deutschland bereits feststeht und EU-freundliche, migrationsfreundliche Parteien an die Macht kommen, die die Position Brüssels zum EU-Migrationspakt akzeptieren werden. Schinas setzt auf den Sieg der Linken bei den Wahlen in Frankreich im April, aber er denkt wahrscheinlich auch, dass es nach dem Ausscheiden von Angela Merkel in Deutschland und einer weit links stehenden SPD-Kanzlerin an der Spitze keine mäßigende Kraft mehr geben wird, die die Kommission davon abhalten könnte, die mittel- und osteuropäischen Länder, die gegen Migrantenquoten sind, zu zwingen, den Pakt gegen ihren Willen zu akzeptieren.

Sollte die Koalition aus Linken und Rechtsextremen die ungarische Regierung von Viktor Orbán im April 2022 besiegen, müsste sich die Kommission nur noch mit weniger lautstarken Gegnern des Pakts auseinandersetzen.

Schinas scheint sich auch darüber im Klaren zu sein, dass das Thema Migration ein heißes Eisen bei den bevorstehenden Wahlen ist, insbesondere in Frankreich, wo die große Mehrheit der Bevölkerung gegen die Aufnahme weiterer Migranten ist. Jeder Schritt der EU zur Verabschiedung des EU-Migrationspakts könnte bei den bevorstehenden nationalen Wahlen gegen die von der EU bevorzugten Wahlsieger verwendet werden. Die französische Politikerin Marine Le Pen hat sich beispielsweise entschieden gegen den vorgeschlagenen Migrationspakt ausgesprochen und ihn als „Selbstmord Europas“ bezeichnet, der es 75 Millionen weiteren Migranten ermöglichen würde, sich auf dem Kontinent niederzulassen.

Schinas und die Brüsseler warten auf den richtigen Zeitpunkt für die Verabschiedung des Paktes – nach den Wahlen – und die Wähler haben kaum eine andere Wahl, als die Position Brüssels in dieser Angelegenheit zu akzeptieren.

Indem er auf einen paneuropäischen Linksruck setzt, weiß Schinas vielleicht etwas über den Ausgang einer Reihe von Wahlen in den EU-Mitgliedstaaten, das ihm das Vertrauen gibt, dem Willen der europäischen Nationen zuvorzukommen. Dies ist auch der ungarischen Justizministerin Judit Varga nicht entgangen, die in ihrer Reaktion sagte, Schinas' Vertrauen sei ein Zeichen dafür, dass die Missachtung der Meinung der Bürger und die vorsätzliche Irreführung der Wähler zum neuen europäischen Wert für die EU-Institutionen geworden sei.

Auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hatte in Bezug auf den vorgeschlagenen Migrationspakt erklärt, dass die Europäische Kommission vergeblich versuche, Migrantenquoten in einen Migrationspakt zu verpacken, da es sich nach wie vor nur um Migrationsquoten handeln werde, eine Politik, die die ungarische Regierung vehement ablehnen werde.

Quelle: [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Italienischer Abgeordneter fordert Slowenien zur informellen Rückübernahme von Migranten auf

22. 09. 2021



Bildquelle: VoxNews

Frankreich schickt sie zu uns zurück, aber wir schicken sie nicht nach Slowenien zurück.

„Wir müssen nicht nur die Garnison durch das Militär verstärken und die gemischten Patrouillen mit Slowenien ausbauen, sondern wir riskieren, dass diese Bemühungen vereitelt werden, wenn wir nicht zu informellen Rückübernahmen der Migranten durch Slowenien zurückkehren.“ Dies erklärte der italienische Unterstaatssekretär im Innenministerium Nicola Molteni (Lega Salvini) am Rande eines Treffens.

„Die Migrationsströme auf dem Landweg über die Balkanroute haben sich wieder verstärkt, die Zahlen steigen deutlich an, 20–25 % mehr als im Jahr 2020“, erklärte er. „Wir brauchen eine ernsthafte politische Entscheidung für die Rückkehr zu informellen Rückübernahmen, um zu signalisieren, dass Italien der Migrationsroute die gebührende Aufmerksamkeit schenkt.“

Molteni ist ein ernstzunehmender Politiker, doch angesichts der Nachtwächter-Politik von Innenministerin Lamorgese verliert er jede Glaubwürdigkeit....

Quelle: [VoxNews](#)

300 Islamistren überqueren täglich die Grenze bei Triest

Die so genannte Balkanroute mit Triest als Endstation. In Italien, in Ferneti, in der Polizeistation von Opicina, kommen sie zusammen, wenn sie von den Patrouillen der Armee abgefangen wurden. Inoffizielle Schätzungen gehen von 300 illegalen Einwanderern pro Tag aus.

Anstatt die Migranten nach Slowenien zurückzuschicken, wie es Frankreich an der italienisch-französischen Grenze tut, übergab das italienische Militär vor einigen Tagen zwei Gruppen illegaler Einwanderer an die Kollegen der Polizeistation Opicina: 20 Nepalesen und 51 Afghanen, die Afghanistan vor drei Jahren verlassen hatten. Und jetzt, wo endlich Frieden in Kabul herrscht, können sie nicht zurückgeführt werden...

Unter den Afghanen gab es einige, die positiv auf Covid-19 getestet und unter Quarantäne gestellt wurden, aber vor der medizinischen Untersuchung verbrachten sie stundenlang Schulter an Schulter zusammen. In Kontakt mit dem Militär und der Polizei. Es gab auch ein paar Fälle von Krätze.

Quelle: [VoxNews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Die Europäische Union will „qualifizierte Zuwanderung“ fördern

Von Kristóf Nagy

20. 09. 2021



Symbolfoto · Bildquelle: Pinterest (royalty-free)

Das Europäische Parlament hat einen Vorschlag zur Erleichterung der Bedingungen für die Einstellung hochqualifizierter Arbeitnehmer von außerhalb der Europäischen Union angenommen. Die Reform der EU Blue Card, die für die Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen erforderlich ist, muss noch vom Rat der Staats- und Regierungschefs genehmigt werden. Durch die Vereinfachung der Bedingungen will die EU einem immer wieder auftretenden Arbeitskräftemangel entgegenwirken.

Nach den überarbeiteten Vorschriften müssen Bewerber einen Arbeitsvertrag oder ein mindestens sechs Monate gültiges Angebot eines Arbeitgebers vorlegen. Außerdem müssen sie ihre Qualifikationen oder beruflichen Fähigkeiten nachweisen. In bestimmten Bereichen können Sie Ihr Fachwissen auch durch einschlägige Berufserfahrung nachweisen. Dazu gehören zum Beispiel Informations- oder Kommunikationstechnologien.

Derzeit ist ein Einjahresvertrag oder ein einjähriges Angebot eines Arbeitgebers erforderlich, um in der EU zu arbeiten. Die Gehaltsgrenze wurde auf ein Minimum von 100 Prozent und ein Maximum von 160 Prozent des durchschnittlichen Bruttojahresgehalts in dem betreffenden Mitgliedstaat gesenkt. Zuvor lag die Untergrenze bei 150 Prozent, eine Obergrenze gab es nicht.

Personen, die internationalen Schutz genießen, wie z. B. Flüchtlinge, können ebenfalls eine Blue Card beantragen, vorausgesetzt, sie stellen keinen Antrag in dem Mitgliedstaat, in dem ihnen der Flüchtlingsstatus oder ein anderer Schutzstatus zuerkannt wurde

- heißt es in dem Informationsvermerk des Europäischen Parlaments. Auch die Rechte der Begünstigten und ihrer Familienangehörigen werden erweitert. Inhaber einer EU Blue Card können nach mindestens einem Jahr Aufenthalt im Ausstellungsland in einen anderen Mitgliedstaat umziehen. Die Familienzusammenführung wird schneller erfolgen, und die Familienmitglieder werden schneller eine Arbeit aufnehmen können, wenn die Reform umgesetzt wird.

Der Berichterstatter Javier Moreno Sánchez von der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament betonte die Bedeutung der legalen Einwanderung: „Wir müssen alles tun, um die legale Einwanderung nach Europa und vor allem die Ankunft hochqualifizierter Arbeitskräfte zu gewährleisten, die einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Kontinents leisten können. Eine attraktivere und praktischere Karte wird eine gute Ergänzung zu den nationalen Programmen sein. Wir werden uns nun weiter dafür einsetzen, dass Arbeitnehmer in mittleren und gering bezahlten Berufen ebenso wie Blue-Card-Inhaber zum Wohl der Gesellschaft beitragen können“, so der spanische Politiker. Der Bericht wurde mit 556 Ja-Stimmen, 105 Nein-Stimmen und 31 Enthaltungen angenommen.

In seiner Rede bezeichnete der unabhängige ungarische Europaabgeordnete Balázs Hidvégi den Blue-Card-Reformplan als unmoralisch. Er sagte:

„Die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus den ärmeren Ländern wird nur zu einer weiteren wirtschaftlichen Rückständigkeit führen, die neue Migrationswellen auslösen wird. Außerdem ist die Masseneinwanderung nicht die einzige Lösung für die demografischen und arbeitsmarktpolitischen Probleme. Ungarn steht für die Unterstützung von Familien und die Förderung des Kinderkriegens.“

Hidvégi fügte hinzu, dass die Einwanderung in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen sollte, weshalb es nicht akzeptabel sei, die Befugnisse Brüssels auszuweiten.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Grenze zwischen USA und Mexiko: „Lage außer Kontrolle“

19. 09. 2021



Bildquelle. FDS

Mehr als 11.000 Illegale haben den Deich des Rio Grande nach Texas überquert; Update: Demokratischer Bürgermeister ruft den Notstand aus

Der demokratische Bürgermeister von Del Rio rief den Notstand aus und sperrte am Freitag die Brücke für den Verkehr.



[Bill Melugin](#)

[@BillFOXLA](#)

NEW: Video courtesy of [@TxDPS](#) shows the current situation under the international bridge in Del Rio, TX, where more than 14,000 migrants have gathered after crossing illegally into the United States. Law enforcement says conditions are like third world refugee camps. [@FoxNews](#)

[9:13 nachm. · 18. Sep. 2021](#)

https://twitter.com/BillFOXLA/status/1439306706153005059?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1439306706153005059%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fgrenze-zwischen-usa-und-mexiko-lage-ausser-kontrolle%2F

„Die US-Grenzschutzbehörde CBP schickte 400 zusätzliche Beamte, um die Überwachung des Gebiets zu verstärken“, so das Heimatschutzministerium, das am Samstag einen Plan zur Eindämmung der Situation vorstellte.

Die US-Regierung von Joe Biden kündigte am Samstag an, dass sie die Abschiebung von mehr als 10.000 Migranten, zumeist Haitianer, die seit Tagen unter einer Brücke in Texas ausharren, nachdem sie die Grenze von Mexiko aus überquert haben, auf dem Luftweg beschleunigen werde. In einer Erklärung kündigte das US-Ministerium für Heimatschutz an, dass es in den nächsten 72 Stunden „zusätzliche Transportmittel beschaffen wird, um das Tempo und die Kapazität der Abschiebeflüge nach Haiti und zu anderen Zielen zu erhöhen“.

Quelle: [TV5](#)



[Bill Melugin](#)

[@BillFOXLA](#)

BREAKING: I am absolutely stunned by what I'm witnessing right now. We are on a boat in the Rio Grande near the Del Rio international bridge and we are watching as masses of hundreds of migrants walk across the river from Mexico and stream into the US illegally. [@FoxNews](#)

[5:11 nachm. · 18. Sep. 2021](#)

https://twitter.com/BillFOXLA/status/1439245698768285711?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1439245698768285711%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fgrenze-zwischen-usa-und-mexiko-lage-ausser-kontrolle%2F

Neue Aufnahmen des Zustroms haitianischer Migranten in Del Rio, Texas, zeigen chaotische Szenen vor Ort, da die Zahl der Migranten inzwischen 11.000 übersteigt und die Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) mehr Beamte in das Gebiet entsendet, während Zehntausende weitere auf dem Weg sein könnten.

Der Chef der US-Grenzpatrouille, Raul Ortiz, ist in Del Rio, Texas, gelandet und versucht derzeit auf der internationalen Brücke, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Ein großer Konvoi von Bussen und Fahrzeugen der Grenzpolizei ist soeben an der internationalen Brücke in Del Rio angekommen. Selbst wenn diese Busse mit Migranten beladen sind, ist unklar, wohin sie gebracht werden sollen. Die örtlichen Haftanstalten sind überfüllt. Die Grenzschutzbeamten sagen, sie wüssten es nicht.

Abgeordneter Tony Gonzales, R-Texas, in einem Interview mit Fox News: „Man denkt, man sei in einem Land der Dritten Welt, und dies sind die Vereinigten Staaten, dies ist Del Rio Texas, und es gibt buchstäblich überhaupt keine Grenze – sie ist einfach verschwommen.“

„Die Versorgung dieser Migranten mit drei Mahlzeiten pro Tag würde die Stadt Del Rio eine Million Dollar pro Woche kosten“, sagte er. „Es handelt sich um eine kleine Stadt ohne Ressourcen, und dennoch müssen sie buchstäblich jede Woche Millionen von Dollar aufbringen, um diese Krise zu bewältigen – das ist ihnen gegenüber nicht fair.“

Die Zoll- und Grenzschutzbehörde teilte Fox News mit, dass die Grenzpatrouille „das Personal im Sektor Del Rio aufstockt und die Bemühungen innerhalb des DHS und anderer relevanter Partner auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene koordiniert, um das derzeitige Ausmaß der Begegnungen mit Migranten unverzüglich zu bewältigen und einen

sicheren, humanen und geordneten Ablauf zu ermöglichen. Trinkwasser, Handtücher und tragbare Toiletten wurden den Migranten zur Verfügung gestellt, während sie auf den Transport zu einer Einrichtung warten“, so ein Sprecher in einer Erklärung.

Der Bürgermeister von Del Rio, Bruno Lozano, forderte die Verwaltung auf, auf die Krise zu reagieren: „Es ist einfach etwas, das ans Licht gebracht werden muss, wir brauchen schnelle Aufmerksamkeit von der Verwaltung, wir brauchen eine schnelle Reaktion“, sagte er.



Illegale Einwanderer überqueren den Rio Grande zu Fuß - *Bildquelle: FDS*

Aufnahmen des Zustroms haitianischer Migranten in Del Rio (Texas, USA) zeigen das Chaos unter der Brücke, als die Zahl der Migranten 11.000 übersteigt:

Video-Player

<https://unser-mittleuropa.com/grenze-zwischen-usa-und-mexiko-lage-ausser-kontrolle/>

Quelle: [Fox News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Polen hat den Bau des Grenzzauns abgeschlossen

19. 09. 2021



Bildquelle: MTI/PAP/Artur Reszko

Polen hat den Bau eines Stacheldrahtzauns entlang seiner gesamten Grenze zu Weißrussland abgeschlossen

- gab die Sprecherin der polnischen Grenzpolizei Anna Michalska am Wochenende bekannt. Die Armee hat Ende August mit dem Bau des drei Meter hohen und 180 Kilometer langen Grenzzauns begonnen, um illegale Einwanderer aus Weißrussland zu stoppen. Litauen und Lettland haben ähnliche Maßnahmen ergriffen, um auf die seit einigen Monaten zunehmende Migration in der Region zu reagieren. Jeden Tag versuchen Hunderte von Menschen, die weißrussisch-polnische Grenze illegal zu überqueren.

Warschau und die baltischen Staaten beschuldigen die Regierung in Minsk unter Präsident Aljaksandr Lukaschenka, einen hybriden Krieg zu führen, indem sie Migranten aus dem Nahen Osten, vor allem aus dem Irak, nach Weißrussland transportieren und sie dann an die Grenzen der Nachbarstaaten bringen. Dies ist die Art und Weise, wie Weißrussland sich für die EU-Sanktionen gegen das Land revanchiert.

Die Krise veranlasste den polnischen Präsidenten Andrzej Duda, Anfang September den Ausnahmezustand in den Grenzgebieten auszurufen, der 30 Tage lang in Kraft bleiben wird. Das Versammlungsrecht und Massenversammlungen wurden in der betroffenen Zone ausgesetzt, niemand außer den Einheimischen darf sich in dem Gebiet aufhalten, und die Medien wurden aus der Zone verbannt.

Weitere Destabilisierungsversuche an der polnisch-weißrussischen und der litauisch-weißrussischen Grenze sowie ein langfristiger Konflikt werden erwartet

- erklärte der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki am Freitag auf einer Pressekonferenz mit seiner litauischen Amtskollegin Ingrida Šimonytė in Warschau.

Im August wurden dreieinhalbtausend illegale Grenzübertritte an der polnisch-weißrussischen Grenze versucht und 900 Einwanderer von den Behörden festgenommen, während sich die Zahl der illegalen Grenzübertritte seit Anfang September sich bereits auf rund zweitausend beläuft. Nach Angaben der Regierung in Vilnius hat Minsk in diesem Jahr bereits dreitausend illegale Einwanderer auf litauisches Gebiet gebracht. Im vergangenen Jahr wurden nur insgesamt 81 Grenzgänger festgenommen.

Mateusz Morawiecki sagte am Freitag, die polnischen Behörden wüssten von mehr als 10.000 Migranten aus Ländern des Nahen Ostens, vor allem aus dem Irak, aber auch aus Syrien, die nach Weißrussland transportiert würden und die das Lukaschenko-Regime für eine „Provokation, einen von Minsk und Moskau inspirierten hybriden Angriff“ nutzen wolle.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Berlin: Wurden „Barauszahlungen“ an nicht anwesende „moldawische“ Asylbewerber veruntreut?

19. 09. 2021



Bildquelle: FDS

Die Zahl der moldauischen Asylbewerber in Deutschland steigt rapide an, aber ihre Anträge werden abgelehnt. Das Innenministerium warnt vor Missbrauch und Asylschmuggel.

Nachdem die Zahl der Asylbewerber aus Moldawien in Berlin in den letzten Monaten stark angestiegen ist, warnen das unionsgeführte Bundesinnenministerium und die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus vor Asylmissbrauch. Doch niemand weiß wirklich, was vor sich geht: Der Verdacht des Schmuggels und des systematischen Missbrauchs von Leistungen liegt in der Luft.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Burkard Dregger wirft der Integrationsministerin Elke Breitenbach (Linkspartei) sogar Veruntreuung vor. Dies liegt daran, dass Berlin während der Corona-Pandemie von den Richtlinien abwich und den Moldawiern Versorgungsgelder für drei Monate statt für einen Monat zahlte. Am Montag befasste sich auch der Innenausschuss des Bundestags mit dem Thema.

Damit greift die CDU kurz vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus auch einen jahrzehntealten Streit über die Flüchtlingspolitik wieder auf. Sollten Sachleistungen – Essen, Pflege – für Menschen, die das Land ohnehin verlassen müssen oder abgeschoben werden, nicht ausreichen? Oder schafft die rot-rot-grüne Koalition, insbesondere die Linke, unnötige Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge durch Geldleistungen, die auch ihnen zugute kommen – auf Kosten der Steuerzahler?

In einem Vermerk von Mitarbeitern des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), heißt es weiter:

„Großfamilien aus Moldawien, oft bestehend aus 10 Personen, erhalten am ersten Tag bis zu 4500 Euro in bar (...). Die Freude darüber ist riesig und sofort werden alle Bekannten kontaktiert, um darüber zu sprechen.“

Es gibt auch Berichte über Fahrzeuge mit polnischen oder litauischen EU-Kennzeichen, die Moldawier in Berlin abgesetzt haben. Einige Moldawier haben Berichten zufolge bereits in anderen EU-Staaten wie Frankreich Asyl beantragt.

Handelt es sich also um eine gezielte Umleitung von Sozialleistungen? Die Zahlen sind eindeutig. Darauf verweist auch das Bundesinnenministerium. Staatssekretär Helmut Teichmann richtete daher Ende August ein Schreiben an Breitenbach. Er sprach von einem Anstieg der Zahl der Asylbewerber aus Moldawien um 367% im zweiten Quartal 2021, aber auch von der Akzeptanz von Sozialleistungen für Flüchtlinge: In diesem Zusammenhang dürfe „auf keinen Fall“ der Missbrauch unseres Asylsystems durch Migranten, die keinen Schutz benötigen, unterschätzt werden.

Staatssekretär Helmut Teichmann bezieht sich auf die Tatsache, dass Berlin die Geldleistungen für drei Monate statt wie gesetzlich vorgeschrieben für einen Monat auszahlt. In seinem Brief an die für Integration zuständige Berliner Senatorin Breitenbach spricht der Staatssekretär von einer „problematischen Entwicklung der irregulären Migration aus der Republik Moldau“. Alle beteiligten Stellen auf Bundes- und Landesebene sind sich „der großen Bedeutung der Bekämpfung des Asyl- und Leistungsmissbrauchs bewusst“.

Das Bundesministerium des Innern ist „bestrebt, alle Formen des Asylmissbrauchs und der Schleuserkriminalität zu bekämpfen“. Gleichzeitig warnt Teichmann, dass „die Gewinne der Schmuggler erhöht werden“. Die vom Land Berlin gezahlten dreimonatigen Barvorschüsse seien „prädestiniert, eine unerwünschte Anziehungskraft auf nicht schutzbedürftige Migranten und organisierte Schleuserbanden auszuüben“.

Tatsächlich ist die Zahl der moldauischen Asylbewerber in Berlin im Laufe des Sommers rapide angestiegen – und das, obwohl die moldauischen Asylanträge nicht positiv

beschieden werden. Im April gab es landesweit 140 Anträge, im August bereits 951 von Menschen aus Moldawien. Von Januar bis August weist die Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) insgesamt 2.622 Anträge von Moldawiern aus. Sie haben keine Chance, als Asylbewerber anerkannt zu werden.

„Im Zeitraum von Januar bis August 2021 wurden bundesweit 2255 Entscheidungen über Asylanträge moldawischer Asylbewerber getroffen“, sagte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dem Tagesspiegel. „In keinem dieser Verfahren wurde ein Schutz gewährt“.

Nach der derzeitigen Rechtslage gibt es einfach keinen Grund, Asyl zu beantragen. Nach Angaben der Bundesregierung gibt es weder gezielte staatliche Repressionen noch Repressionen durch andere Behörden aufgrund von Religion, Nationalität, politischer Meinung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen oder ethnischen Gruppe. Die Bundesregierung spricht aber auch von einer schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Situation in Moldawien, dem armen Krankenhaus Europas, die zu einem hohen Migrationsdruck führt.

„Die durchschnittliche Dauer der Verfahren beträgt derzeit 1,2 Monate.“

146 Euro Taschengeld pro Monat wurden während der Corona-Pandemie für drei Monate im Voraus gezahlt, nicht wie gesetzlich vorgeschrieben für einen Monat. Die CDU vermutet, dass die Moldawier nur wegen der Situation in Berlin hierher gezogen werden – und weil sie leicht an Geld kommen.

Auch Berlin verfügt nicht über ein Ankerzentrum wie die Bayern. In Berlin kommen die Moldawier zunächst in die Erstaufnahmeeinrichtung, erhalten Essen und ein Bett. Während der Pandemie erhielten sie ein Taschengeld für drei Monate im Voraus – 438 Euro pro Person, berichtet rbb24.de. In Gemeinschaftsunterkünften, in denen sie sich selbst versorgen müssen, beträgt die monatliche Rate 328 Euro.

Ein Umstand, der den Köder-Effekt zeigt: Asylbewerber, deren Anträge keine Aussicht auf Erfolg haben, erhalten das Geld für drei Monate, obwohl die Bearbeitung der Anträge viel kürzer ist und die Ausreise meist vor Ablauf der drei Monate angeordnet wird. „Die durchschnittliche jährliche Verfahrensdauer von der Antragstellung bis zur Entscheidung beträgt für Erst- und Folgeanträge von Bürgern der Republik Moldau derzeit 1,2 Monate“, teilte das BAMF mit. Im Durchschnitt für alle Verfahren und alle Herkunftsländer ist die Zeit viel länger – derzeit drei Monate.

Am Montag befasste sich der Innenausschuss mit einem Antrag der CDU-Fraktion; neben Innensenator Andreas Geisel (SPD) war auch Senator Breitenbach anwesend. Der Kern des Antrags: Rückkehr zu Sachleistungen, Bargeldzahlungen nur für maximal einen Monat und Unterbringung von Flüchtlingen in Erstaufnahmeeinrichtungen – bis zu ihrer Abschiebung.

Quelle. Fdesouche

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Texas widersetzt sich Bidens Migrationspolitik

18. 09. 2021



Der republikanische Gouverneur von Texas Greg Abbott | Bild: wikipedia / CC BY 2.0

Texas schließt die Grenzübergänge. Der republikanische Gouverneur Greg Abbott erklärte dazu: „Wir müssen verhindern, dass Migranten unseren Staat überrennen“.

Bekanntlich hat Joe Biden die „Remain in Mexico“ – Policy seines Vorgängers Donald Trump ausgesetzt. Gleichermassen gibt es nun anscheinend keine Obergrenze für Einwanderer mehr. Die Folge dieser absurden, unkontrollierten Politik sind monatliche Rekordaufgriffszahlen. Nur im August wurden 208.887 illegale Einwanderer aufgegriffen. 2021 sind, dank Biden, 1.1 Millionen Zuwanderer in die USA gekommen.

Texas hat nun genug und schließt sechs Grenzübergänge. Wie Abbott mitteilte, wurde die texanische Nationalgarde angewiesen, die überlastete US-Grenzschutzbehörden bei der Schließung zu unterstützen. Die Zahl der Migranten hat sich seit Mittwoch von 4.000 auf 8.000 verdoppelt. Doch trotz Kritik auch aus den eigenen Reihen verlangte die Biden Regierung die Grenzübergänge offen zu lassen.

“Die schiere Nachlässigkeit der Biden-Regierung, ihren Job zu machen und die Grenze zu sichern, ist entsetzlich. Ich habe das Ministerium für öffentliche Sicherheit und die texanische Nationalgarde angewiesen, Personal und Fahrzeuge aufzustocken, um sechs Grenzübergänge entlang der südlichen Grenze zu sperren und die Karawanen daran zu hindern, unseren Staat zu überrennen. Im Gegensatz zu Präsident Biden setzt sich der Staat Texas weiterhin für die Sicherung unserer Grenze und den Schutz der Amerikaner ein.“, sagte Abbott dazu.

Für Einwanderer ist die Einreise in die USA wieder ein Kinderspiel. Biden aktivierte nämlich wieder die sogenannte "Catch and Release"-Politik (Fangen und Entlassen – in die USA) aus der Obama-Ära. Das bedeutet, dass die Zuwanderer entweder Asyl beantragen oder sich der Grenzpatrouille stellen, um verhaftet und dann in die USA entlassen zu werden. Diese absichtlich destruktive Politik der Biden Regierung ist symptomatisch für den momentanen Zeitgeist in der westlichen Welt. Jeder, der sich gegen diese Unvernunft wehrt, wird sofort denunziert. Biden hatte Abbott schon wegen der texanischen Corona-Politik als Verschwörungstheoretiker bezeichnet. Jetzt kommt wahrscheinlich, wie üblich, die Rassismus-Keule.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER